



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

MIETEN IN BERLIN: DIE POLITIK MUSS WISSEN, WAS SIE WILL

23.01.2009 Fachinformation

Berlin - "Was die SPD auf ihrer Klausurtagung beschließen will, ist wohnungswirtschaftlich unsinnig: Man kann nicht von den Wohnungsunternehmen immer mehr Engagement in Sachen energetischer Sanierung, Klimaschutz und Quartiersmanagement erwarten, aber gleichzeitig ihre Mieterträge durch massive Änderungen des Mietrechts beschränken wollen." so Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied beim Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU). Bereits seit Jahren leisteten die städtischen Wohnungsunternehmen einen großen Beitrag zur Erreichung der Berliner Klimaschutzziele. Erst am 13. Januar hätten sie sich verpflichtet, bis 2010 die CO₂-Emissionen ihrer Wohnungen um weitere 56.000 Tonnen zu reduzieren. Und dies, obwohl bereits heute nur die Hälfte der entstehenden Kosten aus den Mieteinnahmen zu erwirtschaften ist. "Die Fortführung dieses Engagements wäre bei einer tatsächlichen Umsetzung der SPD-Vorschläge stark gefährdet." erläutert Burkardt. In ihrer Mietenpolitik hielten sich die Gesellschaften an den geltenden Berliner Mietspiegel. Der Mietspiegel gelte jedoch nicht für Sozialwohnungen. "Es war die Politik, die hier in der Vergangenheit durch den Förderabbau das Mietenniveau so hoch getrieben hat, dass die Sozialmieten in vielen Lagen heute über dem Mietenniveau von nichtgeförderten Wohnungen liegen." Insbesondere für diesen Bestand bedürfe es deshalb politischer Beschlüsse. Dem Sozialwohnungsbestand müsse dringend wieder zu einem Mietenniveau verholffen werden, das ihn für Sozialwohnungsberechtigte erschwinglich macht. Burkardt: "Vor allem hier ist die Politik gefragt!"

<https://bbu.de/beitraege/mieten-berlin-die-politik-muss-wissen-was-sie-will>